

Niederschrift

über die 4. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausländerbeirats
am Mittwoch, **13.04.2005**, 18:07 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

Mitglieder

Herr Hidir Ates, Herr Dr. Hüseyin Avlar, Frau Miriam-Mercedes Becker-Merino, Frau Türkian Giouzmpassi, Herr Jasar Jasarov, Herr Antonio Machado da Silva, Herr Spyridon-Paul Marinou, Frau Ximena Cecilia Meza Correa-Flock (ab 18.15 Uhr), Herr Felice Mignogna, Herr Chigozie Ernest Onu, Herr Osman Öztürk (bis 21.20 Uhr), Herr Deler Saber, Herr Dr. Georgios Tsakalidis, Herr Dr. Ömer Lütfü Yavuz (ab 19.20 Uhr), Herr Ahmet Yesilyaprak

von der Verwaltung

Herr Franz-Josef Gövert, Herr Jürgen Kupferschmidt

für die Schriftführung

Frau Heike Dierks

Es fehlten

Frau Funda Akogullari, Herr Pararajasingam Parameswaran, Herr Muzaffer Ucarer, Frau Malgorzata Wojcik (entschuldigt)

Gäste:

Herr Heinrich Rennekamp (Agentur für Arbeit)

Tagesordnung:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Berichte
 - 2.1. Auswirkungen des neuen Zuwanderungsgesetzes seit dem 01.01.2005
- Bericht aus Sicht der Agentur für Arbeit -
 - 2.2. Folgen der Wiederannahme der ursprünglichen Staatsangehörigkeit bei Deutschen türkischer Abstammung
- Situation in Münster -
3. Anhörungen
 - 3.1. Projekt "Wald/Park der Kulturen", Friedens- und Gedenkstätte
(NEU) Anregung des Ausländerbeirates vom 25.06.2003
4. Entscheidungen
 - 4.1. Zuschüsse des Ausländerbeirates zu Veranstaltungen
5. Berichte aus den Ausschüssen
6. Anfragen, Anregungen und Anträge der Mitglieder des Ausländerbeirates
7. Verschiedenes

V/0281/2005
VI

Herr Marinos eröffnete um 18.07 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausländerbeirates und begrüßte die anwesenden Mitglieder, die Vertreter/innen der Verwaltung, Herrn Rennekamp (Agentur für Arbeit Münster) und die anwesenden Zuhörer/innen.

Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte er, diese um den Tagesordnungspunkt „Projekt „Wald/ Park der Kulturen“, Friedens- und Gedenkstätte – Anregung des Ausländerbeirates vom 25.06.2003“ zu erweitern. Dazu war vor Beginn der Sitzung die Vorlage V/0281/2005 als Tischvorlage verteilt worden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der TOP wurde als Anhörung nach dem TOP 2.2 eingefügt.

Des Weiteren schlug er vor, zunächst die Tagesordnungspunkte zu behandeln, zu denen eine Berichterstattung vorgesehen war. Auch dies wurde einvernehmlich angenommen.

(Hinweis:

Zunächst wurde der TOP 2.1, sodann der neu eingefügte TOP 3.1 behandelt. In der Niederschrift sind diese in der numerischen Reihenfolge aufgeführt.)

Punkt 1 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen**

- Herr Kupferschmidt teilte mit, dass die Verwaltung ein neues Informationssystem auf Basis des Sitzungsdienstprogrammes Session ins Internet eingestellt habe. Dieses ist unter:

www.muenster.de/stadt/kv

abrufbar. Präsentiert werden Informationen über die Rats- und Gremienarbeit sowie die politischen Vertreterinnen und Vertreter in den einzelnen Gremien. Insbesondere die öffentlichen Tagesordnungen, Niederschriften und Vorlagen aller Gremien werden dort eingestellt, sobald diese freigegeben sind.

Er bat die Mitglieder, der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates ein Foto zuzusenden, um dieses ebenfalls integrieren zu können.

Herr Marinos teilte folgendes mit:

- In Münster sei ein Spanier fälschlicherweise durch ein Einsatzkommando der Polizei festgenommen und dabei erheblich verletzt worden. Es habe von der Polizei ein förmliches Entschuldigungsschreiben für die Verwechslung gegeben, dennoch seien noch viele Fragen offen, die die Folgen der Verletzungen betreffen. Der Betroffene befinde sich derzeit im Krankenhaus.
- Des Weiteren gebe es mehrere Urteile von bayrischen Gerichten, durch die in Deutschland lebende Iraker zu erheblichen Strafen verurteilt worden seien. Ihnen sei zur Last gelegt worden, dass sie ihren im Irak verbliebenen Familien geringe Geldbeträge überwiesen hätten und damit gegen das zu Zeiten der Präsidentschaft von Saddam Hussein gegen den Irak verhängte Wirtschaftsembargo verstießen. Problematisch daran sei, dass im Wiederholungsfalle unter Umständen eine Ausweisung drohe. Zwischenzeitlich hätten sich zahlreiche Rechtsanwälte mit der Problematik beschäftigt. Herr Marinos teilte mit, dass er zu diesem Thema eine Pressekonferenz im Rathaus plane. Der Termin werde noch bekanntgegeben.
- In einem Schreiben an die Kassenärztliche Vereinigung habe er sich ausdrücklich für die Zulassung eines arabisch sprechenden Psychotherapeuten ausgesprochen. Gerade bei diesen Behandlungen sei ein Ansprechpartner in der eigenen Muttersprache unerlässlich.
- Am 14.04.2005 finde die Abschlussveranstaltung der AG Xenia „Wohnen für Zuwanderer“, die durch die Koordinierungsstelle für Aussiedler-, Flüchtlings- und Asylbewerberangelegenheiten vorbereitet wurde, statt. Dabei soll eine „Münsteraner Erklärung 2005“ zum Thema Wohnen unterzeichnet werden. Herr Köhnke habe angeboten, darüber im Ausländerbeirat zu berichten. Herr Marinos stellte die Entscheidung darüber den Mitgliedern des Ausländerbeirates anheim.

Punkt 2 der Tagesordnung**Berichte****Punkt 2.1 der Tagesordnung****Auswirkungen des neuen Zuwanderungsgesetzes
seit dem 01.01.2005****- Bericht aus Sicht der Agentur für Arbeit -**

Herr Marinos begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Rennekamp (Agentur für Arbeit Münster) und verwies auf den Bericht von Herrn Schlumm (Leiter des Amtes für Ausländerangelegenheiten) in der letzten Sitzung des Ausländerbeirates am 23.02.2005.

Herr Rennekamp berichtete über die Auswirkungen des neuen Zuwanderungsgesetzes, welches am 01.01.2005 in Kraft getreten ist, aus Sicht der Agentur für Arbeit und beantwortete ausführlich die Fragen der Mitglieder des Ausländerbeirates.

Er führte u.a. aus, dass seit Beginn des Jahres hinsichtlich der Erteilung von Arbeitsgenehmigungen im Wesentlichen das Amt für Ausländerangelegenheiten Anlaufstelle für Ausländerinnen und Ausländer sei. Die Agentur für Arbeit werde unter bestimmten Voraussetzungen um Stellungnahme gebeten.

Er betonte, dass es bei Anfragen zur Verlängerung von bereits früher erteilten Arbeitsgenehmigungen bisher noch keine Ablehnung gegeben habe.

Auf Nachfrage der Mitglieder des Ausländerbeirates führte er aus, dass in Münster rund 1.750 Ausländer/-innen von den Neuregelungen des sog. „Hartz IV-Gesetzes“ betroffen seien. Darunter seien rund 1.370 Personen, die derzeit keine Arbeitsberechtigung hätten. Ferner seien 155 der betroffenen Ausländer/-innen unter 25 Jahre. Von den unter 25-Jährigen seien 139 ohne abgeschlossene Berufsausbildung (Daten: Stand Ende März 2005).

Als besonders notwendig erachtete Herr Rennekamp die Sprachförderung der Ausländer/-innen, da dies wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Vermittlung sei.

Abschließend bedankte sich Herr Marinos für die Teilnahme an der Sitzung und für die Informationen.

Punkt 2.2 der Tagesordnung**Folgen der Wiederannahme der ursprünglichen
Staatsangehörigkeit bei Deutschen türkischer Ab-
stammung****- Situation in Münster -**

Herr Marinos erläuterte zunächst den Sachverhalt:

Aufgrund einer Änderung im Staatsangehörigkeitsrecht verlieren Eingebürgerte seit dem 01.01.2000 die deutsche Staatsangehörigkeit, sobald sie eine andere Staatsangehörigkeit annehmen. Vor einigen Wochen wurde bekannt, dass schätzungsweise 50.000 Personen türkischer Herkunft über zwei Pässe verfügen; damit geht die deutsche Staatsangehörigkeit verloren. Anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl hat die Stadtverwaltung auf Weisung des nordrhein-westfälischen Innenministeriums 320 Eingebürgerte türkischer Herkunft in Münster angeschrieben, um zu erfragen, ob sie nach dem Jahr 2000 erneut die türkische Staatsbürgerschaft angenommen haben. In diesem Falle bestünde keine Wahlberechtigung.

Die Mitglieder des Ausländerbeirates erörterten intensiv die Konsequenzen für die Betroffenen, auch die Folgen beim Aufenthalt im Herkunftsland. Herr Dr. Yavuz informierte darüber, dass der Arbeitskreis International zu dem Thema bereits zwei Informationsveranstaltungen durchgeführt habe (jeweils sonntags, 03.04. und 10.04.2005). Diskutiert wurde auch die Möglichkeit, die deutsche Staatsangehörigkeit erneut zu beantragen.

Eine generelle Empfehlung, wie die Betroffenen sich verhalten sollten, sprach der Ausländerbeirat zwar nicht direkt aus. Er wies jedoch auf die schlimmeren Folgen einer Nichtmeldung in der Zukunft hin. Das Recht, die deutsche Staatsangehörigkeit erneut zu beantragen, besteht in jedem Falle.

Punkt 3 der Tagesordnung

Anhörungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung V/0281/2005

Projekt "Wald/Park der Kulturen", Friedens- und Gedenkstätte Anregung des Ausländerbeirates vom 25.06.2003

Herr Marinos führte kurz in das Thema ein.

Sodann berichtete Herr Gövert (Amt für Grünflächen und Umweltschutz) zur Vorlage. Er bedauerte, dass die Bearbeitungszeit einen längeren Zeitraum in Anspruch genommen habe und begründete dies mit den Besonderheiten des Projektes.

Eine eingehende Diskussion ergab sich zu der Formulierung des Punktes 2. des Beschlussvorschlages der Vorlage, wonach die verbleibenden Mittel durch den Ausländerbeirat einzuwerben seien. Die Mitglieder des Ausländerbeirates betonten, dass sie sich bei der Einwerbung von Sponsorengeldern stark engagieren wollen. Die Bereitstellung eines höheren fünfstelligen Euro-Betrages könne der Ausländerbeirat jedoch nicht verbindlich gewährleisten.

Herr Marinos beantragte um 19.22 Uhr eine kurze Sitzungsunterbrechung. Es erhob sich kein Widerspruch.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung um 19.34 Uhr beantragte Herr Marinos, folgende geänderte Fassung zu beschließen:

„1. Die Verwaltung wird beauftragt:

1.1 eine Fläche innerhalb der öffentlichen Grünflächen des Friedensparks Loddenheide für die Anpflanzung und Gestaltung eines „Wald/Park der Kulturen, Friedens- und Gedenkstätte“ auszuweisen,

1.2 ein Konzept für dieses Projekt zu erarbeiten und einen Kostenrahmen zu ermitteln.

2. Für das gesamte Projekt einschließlich Planung und Moderation werden aus dem Ökosponsoringprojekt „Bäume für unsere Stadt“ 30.000 € bereitgestellt.

3. Über die Gesamtplanung und –finanzierung wird nach Vorlage der Projektentwürfe entschieden. Hierbei wird davon ausgegangen, dass sich der Ausländerbeirat angemessen an den Kosten beteiligt.

4. Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass sich der Ausländerbeirat bereits jetzt an den Planungskosten mit 5.000 € aus eigenen Haushaltsmitteln beteiligt.“

Es ergab sich eine weitere Diskussion. Herr Dr. Tsakalidis bemängelte die vollständige Zweckbindung der Haushaltsmittel, die der Ausländerbeirat dem Antrag nach ausschließlich für Planungskosten zur Verfügung stellen würde. Herr Marinos änderte seinen Antrag so dann wie folgt ab:

„1. Die Verwaltung wird beauftragt:

1.1 eine Fläche innerhalb der öffentlichen Grünflächen des Friedensparks Loddenheide für die Anpflanzung und Gestaltung eines „Wald/Park der Kulturen, Friedens- und Gedenkstätte“ auszuweisen,

1.2 ein Konzept für dieses Projekt zu erarbeiten und einen Kostenrahmen zu ermitteln.

2. Für das gesamte Projekt einschließlich Planung und Moderation werden aus dem Öko-sponsoringprojekt „Bäume für unsere Stadt“ 30.000 € bereitgestellt.
3. Über die Gesamtplanung und –finanzierung wird nach Vorlage der Projektentwürfe entschieden. Hierbei wird davon ausgegangen, dass sich der Ausländerbeirat angemessen an den Kosten beteiligt.
4. Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass sich der Ausländerbeirat bereits jetzt **u.a.** an den Planungskosten mit 5.000 € aus eigenen Haushaltsmitteln beteiligt.“

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Im Ergebnis beschloss der Ausländerbeirat somit einstimmig, dem Hauptausschuss die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage in folgender geänderter Fassung zu empfehlen:

Sachentscheidung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt:

1.1 eine Fläche innerhalb der öffentlichen Grünflächen des Friedensparks Loddenheide für die Anpflanzung und Gestaltung eines „Wald/Park der Kulturen, Friedens- und Gedenkstätte“ auszuweisen,

1.2 ein Konzept für dieses Projekt zu erarbeiten und einen Kostenrahmen zu ermitteln.

2. Für das gesamte Projekt einschließlich Planung und Moderation werden aus dem Öko-sponsoringprojekt „Bäume für unsere Stadt“ 30.000 € bereitgestellt.
3. Über die Gesamtplanung und –finanzierung wird nach Vorlage der Projektentwürfe entschieden. Hierbei wird davon ausgegangen, dass sich der Ausländerbeirat angemessen an den Kosten beteiligt.
4. Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass sich der Ausländerbeirat bereits jetzt u.a. an den Planungskosten mit 5.000 € aus eigenen Haushaltsmitteln beteiligt.

Punkt 4 der Tagesordnung**Entscheidungen****Punkt 4.1 der Tagesordnung****Zuschüsse des Ausländerbeirates zu Veranstaltungen**

Den Mitgliedern des Ausländerbeirates lag eine Auflistung der vorliegenden Anträge vor.

Herr Marinos beantragte, folgende Zuschüsse zu gewähren:

Lfd. Nr.:	Zuschuss an:	Zuschuss/ Beschluss für:	Betrag:	Anmerkung:
2/2005	Afrika Kooperative	Afrika Festival 2005	500 EUR	Anzahlung, u.U. weiterer Zuschuss
3/2005	Africa NRW	Ausstellung im Bennohaus	350 EUR	
4/2005	Afrika e.V. Münster	Schulprojekt „Afrika im Klassen- zimmer“	250 EUR	beantragt: 500 EUR
5/2005	Shiraz Theater	Veranstaltung „Parissa e En- semble“ am 26.02.2005	500 EUR	Kosten: 8.845,19 EUR, Fehlbetrag: 2.787,19 EUR
6/2005	CINEMA (Die Linse)	Ethnofilmfestival	400 EUR	
7/2005	Palästinensische Gemeinde	Kultur- Neujahr	250 EUR	
8/2005	Tania Pentcheva	Gitarrenkonzert	250 EUR	
10/2005	Ausländerbeirat	Ausstellung ab dem 20.04.2005 in den Räumen des Ausländer- beirates (Bilder, Öl auf Leinen)	400 EUR	
11/2005	Frau Park	Koreanisches Sprach- und Kul- turseminar und Benefizkonzert	400 EUR	
12/2005	Frau Park	Koreanisches Neujahrsfest	200 EUR	

Lfd. Nr.:	Zuschuss an:	Zuschuss/ Beschluss für:	Betrag:	Anmerkung:
13/2005	Griechischer Verein	a.) Die psychologische Situation der Ausländer in der BRD – Integrationsprobleme und Folgen – Ergebnisse einer Untersuchung b.) Mythen und Realitäten der NATO Streitkräfte – Schwerpunkte NL – D – GR – NATO auf Hindenburgplatz c.) Einführung in die japanische Tradition – Teil A Vermittlung durch Bilder	350 EUR	
14/2005	Odak Kulturzentrum e.V.	Konzert mit Metin-Kemal Kalraman am 22.04.2005, um 19.30 Uhr in der Aula am Aasee	500 EUR	Gesamtkosten: ca. 3.000 EUR

Er beantragte, folgenden Antrag zunächst zurückzustellen:

Lfd. Nr.:	Zuschuss an:	Zuschuss/ Beschluss für:	Betrag:	Anmerkung:
9/2005	Jöel Finke	Produktion des Theaterstücks „Der Schalter“	(zunächst zurückstellen)	Kosten: 3.700 EUR beantragt: 2.000 EUR Kulturamt: 1.000 EUR

Vorab müsse geklärt werden, in welchem Umfang dieser durch andere Stellen gefördert werde.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Somit beschloss der Ausländerbeirat im Ergebnis:

Folgende Zuschüsse werden gewährt:

Lfd. Nr.:	Zuschuss an:	Zuschuss/ Beschluss für:	Betrag:	Anmerkung:
2/2005	Afrika Kooperative	Afrika Festival 2005	500 EUR	Anzahlung, u.U. weiterer Zuschuss
3/2005	Africa NRW	Ausstellung im Bennohaus	350 EUR	
4/2005	Afrika e.V. Münster	Schulprojekt „Afrika im Klassen- zimmer“	250 EUR	beantragt: 500 EUR
5/2005	Shiraz Theater	Veranstaltung „Parissa e En- semble“ am 26.02.2005	500 EUR	Kosten: 8.845,19 EUR, Fehlbetrag: 2.787,19 EUR
6/2005	CINEMA (Die Linse)	Ethnofilmfestival	400 EUR	
7/2005	Palästinensische Gemeinde	Kultur- Neujahr	250 EUR	
8/2005	Tania Pentcheva	Gitarrenkonzert	250 EUR	
10/2005	Ausländerbeirat	Ausstellung ab dem 20.04.2005 in den Räumen des Ausländer- beirates (Bilder, Öl auf Leinen)	400 EUR	
11/2005	Frau Park	Koreanisches Sprach- und Kul- turseminar und Benefizkonzert	400 EUR	
12/2005	Frau Park	Koreanisches Neujahrsfest	200 EUR	

Lfd. Nr.:	Zuschuss an:	Zuschuss/ Beschluss für:	Betrag:	Anmerkung:
13/2005	Griechischer Verein	a.) Die psychologische Situation der Ausländer in der BRD – Integrationsprobleme und Folgen – Ergebnisse einer Untersuchung b.) Mythen und Realitäten der NATO Streitkräfte – Schwerpunkte NL – D – GR – NATO auf Hindenburgplatz c.) Einführung in die japanische Tradition – Teil A Vermittlung durch Bilder	350 EUR	
14/2005	Odak Kulturzentrum e.V.	Konzert mit Metin-Kemal Kalra-man am 22.04.2005, um 19.30 Uhr in der Aula am Aasee	500 EUR	Gesamtkosten: ca. 3.000 EUR

Folgender Antrag wird zunächst zurückgestellt:

Lfd. Nr.:	Zuschuss an:	Zuschuss/ Beschluss für:	Betrag:	Anmerkung:
9/2005	Jöel Finke	Produktion des Theaterstücks „Der Schalter“	(zunächst zurückstellen)	Kosten: 3.700 EUR beantragt: 2.000 EUR Kulturamt: 1.000 EUR

Punkt 5 der Tagesordnung

Berichte aus den Ausschüssen

Es lagen keine Berichte vor.

Punkt 6 der Tagesordnung**Anfragen, Anregungen und Anträge der Mitglieder
des Ausländerbeirates**

Herr Marinos stellte folgenden Antrag:

„Der Ausländerbeirat möge folgenden Antrag an den Rat beschließen:

Der Rat möge beschließen:

1. Bei künftigen Personaleinstellungen (Voll- oder Teilzeitbeschäftigung, zeitlich befristete Arbeitsverträge, Projektarbeitsverträge etc.) werden bei gleicher Eignung und Befähigung Menschen ausländischer Herkunft bevorzugt berücksichtigt. Dabei soll ein Modus ausgearbeitet werden, der stufenweise gewährleistet, dass eine angemessene und repräsentative Quote dieses Personenkreises an der Gesamtzahl der Beschäftigten erreicht wird.
Eine rechtzeitige, regelmäßige Einbeziehung des Ausländerbeirates halten wir dabei für sehr wichtig.

Begründung

Münster wird zunehmend eine Stadt mit internationaler Beachtung. Dies wird durch zahlreiche Preise deutlich, mit denen Münster in der letzten Zeit ausgezeichnet wurde. Nicht zuletzt der Titel „lebenswerteste Stadt der Welt“, welcher im Oktober 2004 in Kanada verliehen wurde, zeigt die wachsende Bedeutung der Stadt auf internationaler Ebene. Somit wird sie auch Anziehungspunkt für Menschen aus anderen Ländern, die ihren Lebensmittelpunkt hierher verlegen. Gerade die Zahl von Akademiker/innen steigt in den letzten Jahren stetig.

Aufgrund dieses Umstandes hält es der Ausländerbeirat für geboten, dieser Entwicklung auch auf dem Arbeitsmarkt Rechnung zu tragen. Vorbildhaft sollte daher die Stadt Münster den Menschen ausländischer Herkunft Arbeitsmöglichkeiten anbieten. Aus Sicht des Ausländerbeirates besteht gar eine Verpflichtung, die Internationalität der Stadt durch ihre Personalpolitik zu unterstreichen.

Den Mitgliedern des Ausländerbeirates ist bekannt, dass zur Zeit keine oder nur wenige Neueinstellungen vorgenommen werden. Dennoch sollte eine grundsätzliche Willenserklärung das zukünftige Ziel und Bestreben der Stadt verdeutlichen.“

Sodann erläuterte Herr Marinos den Antrag. Es ergab sich eine intensive Diskussion, in deren Verlauf Herr Marinos seinen Antrag bei gleicher Begründung wie folgt abänderte:

„Der Ausländerbeirat möge folgenden Antrag an den Rat beschließen:

Der Rat möge beschließen:

1. Bei künftigen Personaleinstellungen (Voll- oder Teilzeitbeschäftigung, zeitlich befristete Arbeitsverträge, Projektarbeitsverträge etc.) werden bei gleicher Eignung und Befähigung Menschen ausländischer Herkunft bevorzugt berücksichtigt. Dabei soll ein Modus ausgearbeitet werden, der stufenweise gewährleistet, dass eine angemessene und repräsentative Quote dieses Personenkreises an der Gesamtzahl der Beschäftigten erreicht wird.
Eine rechtzeitige, regelmäßige Einbeziehung des Ausländerbeirates halten wir dabei für sehr wichtig.
2. Darüber hinaus möge der Rat darauf hinwirken, dass nach diesem Modus auch die städtischen Gesellschaften verfahren.“

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Des Weiteren stellte Herr Marinos folgenden Antrag:

- "1. Der Ausländerbeirat der Stadt Münster stellt fest, dass die von der Verwaltung vorbereitete Fachtagung „Zuwanderer integrieren“ am 22.04.2005 ohne jede Beteiligung des Ausländerbeirates geplant worden ist.
2. Der Ausländerbeirat stellt fest, dass dieses Thema auf Veranlassung der Verwaltung in der Kommission zur Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen, aber nicht im Ausländerbeirat beraten worden ist.
3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass zumindest die Zuständigkeiten des Ausländerbeirates zukünftig durch alle Stellen der Verwaltung beachtet werden.
4. Der Ausländerbeirat erklärt hiermit ausdrücklich, dass alle Maßnahmen, die die Frage der Integration betreffen, nicht nur einfach ausländische Interessen berühren, sondern sogar von besonderer Bedeutung für die Menschen ausländischer Herkunft sind und somit im zuständigen, hierfür demokratisch gewählten politischen Gremium, dem Ausländerbeirat, zu behandeln sind.

Begründung

Wir bedauern, dass wir erneut feststellen müssen, dass eine städtische Veranstaltung von erheblicher ausländerrelevanter Bedeutung ohne die Beteiligung der Vertreterinnen und Vertreter des Ausländerbeirates vorbereitet worden ist.

Der Ausländerbeirat der Stadt Münster hat bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass es bei der Einbeziehung des Gremiums in offensichtlich ausländerspezifische Themen Defizite gibt. Es wird dazu u.a. auf die Sitzung des Ausländerbeirates vom 24.09.2003 (TOP 2 der Niederschrift) und die darauf folgenden Gespräche mit der Verwaltung verwiesen.

Trotz der seinerzeit getroffenen Vereinbarungen hat wiederum eine angemessene Einbeziehung des Ausländerbeirates in die Vorbereitung der genannten Tagung nicht stattgefunden.

Der Ausländerbeirat ist regelmäßig gezwungen, auf Fälle hinzuweisen, in denen die Beteiligungsrechte des Ausländerbeirates nicht beachtet wurden. Wir sehen es aber als geboten an, dass städtische Verwaltungsstellen bereits zum frühestmöglichen Zeitpunkt von sich aus die Beteiligungsrechte des Ausländerbeirates wahren. Zusätzliche Schwierigkeiten und Irritationen ergeben sich aus den breiten „grauen Zonen“ von Zuständigkeiten und Aufgaben zu anderen Organen, die die Stadt Münster gebildet hat. Problematisch ist regelmäßig, dass die Mitglieder des Ausländerbeirates häufig viel zu spät an die notwendigen Informationen gelangen, um dann noch angemessen über die Angelegenheit beraten zu können.

Dabei handelt es sich nicht ausschließlich um einen formalen juristischen Verstoß gegen die Gemeindeordnung bzw. die Hauptsatzung der Stadt Münster, sondern um eine Einschränkung der politischen und inhaltlichen Arbeit des Ausländerbeirates.

Im konkret benannten Fall ist eine Übertragung der Arbeitsergebnisse auf weitere Personengruppen mit ausländischem Hintergrund ohne die adäquate Einbeziehung der politischen Vertreterinnen und Vertreter der Menschen ausländischer Herkunft in Münster nicht denkbar und nicht konsequent vermittelbar. Die Akzeptanz der Arbeitsergebnisse bei den Betroffenen ist ohne die Beteiligung der von ihnen in den Ausländerbeirat gewählten Vertreterinnen und Vertreter nicht wirksam zu erreichen. Im übrigen fehlen auch weitere Experten ausländischer Herkunft bei der Tagung.

Bei den Mitgliedern des Ausländerbeirates ist durch das derzeit praktizierte Verfahren der Eindruck entstanden, dass der Ausländerbeirat nur so viel wie nötig, aber so wenig wie möglich beteiligt wird. Dies geschieht nicht nur bei bereits rechtlich vorgegebenen Beteiligungsrechten des Ausländerbeirates, sondern darüber hinaus auch bei weiteren Beteiligungsmöglichkeiten (repräsentativ oder inhaltlich). Der Oberbürgermeister sollte dafür Sorge tragen, dass dieser Eindruck durch eine veränderte Praxis baldmöglichst revidiert wird. Er wird gebeten, alle Stellen der Verwaltung nochmals darauf hinzuweisen, die Zuständigkeiten der vom Rat der Stadt Münster gebildeten Gremien zu beachten. Des Weiteren sollte auf die Beteiligungsrechte des Ausländerbeirates nach der Gemeindeordnung und auch auf zusätzliche denkbare Beteiligungsformen hingewiesen werden. Es muss innerhalb der Verwaltung ein gangbarer Weg erarbeitet werden, wonach die Interessen des Ausländerbeirates, die Umsetzung seiner Beschlüsse und eine rechtzeitige und ausführliche Information gewährleistet werden.

Es dürfte im Interesse der gesamten Stadt liegen, das „ihr“ Ausländerbeirat stark und effektiv arbeiten kann, indem er stärker in das Leben der Stadt einbezogen wird. Nur so kann dauerhaft ein interkulturelles Zusammenleben in Frieden verwirklicht werden.“

Er erläuterte den Antrag und den bisherigen Sachverhalt eingehend. Nach ausführlicher Diskussion wurde der Antrag einstimmig beschlossen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Ende der Sitzung: 22:00 Uhr

gez.
Marinos
Vorsitz

gez.
Dierks
Schriftführung